Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 20. 11. 2006

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Roland Claus, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3112, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

hier: Einzelplan 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und

Stadtentwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Haushaltsansätze des CO_2 -Gebäudesanierungsprogrammes werden wie folgt erhöht:

12 25 661 07 (Förderung):

Ansatz 2007: 100 Mio. Euro Erhöhung: + 100 Mio. Euro

Ansatz neu: 200 Mio. Euro

12 25 891 01 (Zuschüsse für Investitionen):

Ansatz 2007: 140 Mio. Euro Erhöhung: + 140 Mio. Euro

Ansatz neu: 280 Mio. Euro

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm hat viele positive Effekte zum Ziel. Von der Belebung der Konjunktur in der Bauwirtschaft und der Arbeitsplatzsicherung, über die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes durch die Reduzierung des Energieverbrauchs und die Modernisierung von Heizungsanlagen, bis zur Senkung der Heiz- und Warmwasserkosten für den einzelnen Mieter. Die bisher

bereitgestellten finanziellen Mittel decken die Nachfrage und den Bedarf jedoch nicht ab. Deshalb ist eine Erhöhung der Ansätze zwingend erforderlich.

Zur Finanzierung soll die Einführung einer Sondersteuer zur Abschöpfung der leistungslos erzielten Gewinne der Stromversorger aus dem Emissionshandel dienen (erwartete Einnahme: 4,8 Mrd. Euro).